

Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at



Aktuelle II

30. April 2010 • Nr. 16 • 0,75 €

**„120 Jahre 1. Mai“
Interview mit Josef Staribacher**



120 Jahre 1. Mai

Die Arbeit hoch!

Vor 120 Jahren wurde in Österreich der 1. Mai als Demonstrations- und Kampftag für die Rechte der Werktätigen eingeführt. Damals ging es um den gesetzlichen Normalarbeitstag von acht Stunden.

Heute hat der Tag der Arbeit andere Schwerpunkte – aber trotzdem nichts an Aktualität verloren. Gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und ihrer dramatischen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ist ein starkes und solidarisches Zeichen der Arbeitnehmer zu setzen!

„SPÖ Aktuell“ legt den Schwerpunkt dieser Ausgabe daher auf den 1. Mai. Als Zeitzeugen haben wir den ehemaligen Handelsminister Josef Staribacher interviewt, der bereits bei den „Spaziergängen“ auf der Wiener Ringstraße in der Zeit der Illegalität dabei war – und es sich bis heute nicht nehmen lässt, den 1. Mai zu feiern.

Der zweite Schwerpunkt ist natürlich der fulminante Wahlsieg Heinz Fischers bei der Bundespräsidentenwahl. Mit Heinz Fischer ist der beste Kandidat für weitere sechs Jahre in das höchste Amt Österreichs gewählt worden.

Eure Redaktion

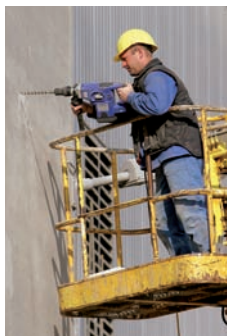
Highlights der Woche

1. Mai	4
Bundespräsidentenwahl 2010	6
Budgetdebatte im Parlament	8
65 Jahre Zweite Republik	10
40 Jahre Angelobung der ersten Regierung Bruno Kreiskys	12
Interview zum 1. Mai mit dem Zeitzeugen Handelsminister a.D. Josef Staribacher	14

Übergangsfristen: Absage an FPÖ-Forderung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer erteilte der jüngsten Forderung der FPÖ nach einer Verlängerung der Übergangsfristen zur Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für neue EU-Mitgliedstaaten eine klare Absage. Denn das wäre nicht nur ein Vertragsbruch (die FPÖ selbst hat 2004 den Vertrag zur EU-Ost-Erweiterung unterschrieben), sondern würde Österreich auch wirtschaftlich und politisch schweren Schaden zufügen. Wirtschaftlich, weil Österreich von den engen Kontakten zu unseren Partnern in der ganzen Welt profitiert und po-

Bildbox

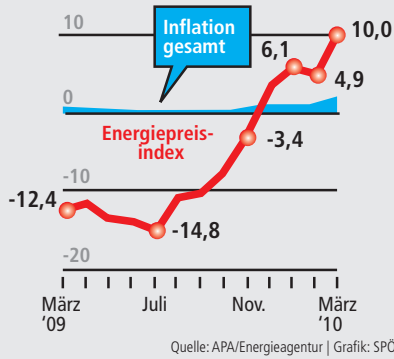


Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Fachkräfte aus dem Ausland haben maßgeblich zur Überwindung der Wirtschaftskrise beigetragen.“

THEMEN DER WOCHE

Energiepreise

März 2010 – Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Teure Energie: Benzin- und Heizölpreise gestiegen

Energie ist im März im Jahresvergleich um 10,1 Prozent teurer geworden. Die Hauptpreistreiber sind Treibstoffe und Heizöl. Superbenzin war im Jahresvergleich um 23 Prozent teurer, der Preis für Heizöl stieg gar um 30,2 Prozent. Die von der ÖVP unter dem Deckmantel der „Ökologisierung“ angedachten Steuervorschläge würden die Bevölkerung noch stärker belasten. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

1. Mai: Kampf um jeden Arbeitsplatz – aktueller denn je?

„Die Arbeit hoch“ heißt es in der traditionellen Hymne der Sozialdemokratie, dem „Lied der Arbeit“, das auch heuer wieder bei den 1. Mai-Feiern der SPÖ erklingen wird.

Diskutieren Sie unter mitreden.spoe.at, warum es gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise so wichtig ist, dass die SPÖ mit ganzer Kraft für Arbeitsplätze kämpft.

HBF



Kulturministerin Claudia Schmied: „Das 3-Punkte-Programm ist ein Meilenstein in der Entwicklung der rund 1.500 Öffentlichen Bibliotheken.“

Mehr Geld für die Bibliotheken

Kulturministerin Claudia Schmied hat vor kurzem ein zukunftsweisendes 3-Punkte-Programm zur Neuorientierung und Stärkung der Öffentlichen Büchereien präsentiert. Eckpunkte sind ein klares Bekenntnis zur Qualität durch die Festlegung von Zielstandards und eine Verdreifachung des Förderbudgets. Die Büchereiförderung des Bundes wurde von 160.800 Euro auf 500.000 Euro aufgestockt. Durch den Abschluss eines Kooperationsübereinkommens mit dem Büchereiverband Österreichs (BVÖ) wird der BVÖ als zentrale Service- und Koordinationsstelle für das öffentliche Bibliothekswesen eingerichtet. ♦

Zitat der Woche

„Die ÖVP sollte nachdenken, ob es richtig gewesen ist, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen und gleichzeitig zur Weißwahl aufzurufen. Wählen heißt, eine Entscheidung zu treffen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

SPÖ Klub



Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer mit den SPÖ-Mitgliedern des Konsumentenschutzsausschusses sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des VKI.

VKI – Eine der erfolgreichsten Sozialpartnereinrichtungen

Bei der letzten Nationalratssitzung präsentierte sich im Parlament der Verein für Konsumenteninformation (VKI). Der VKI ist eine der erfolgreichsten Sozialpartnereinrichtungen und kämpft für Verbesserungen im Konsumentenschutz. Der VKI gibt die Zeitschrift „Konsument“ heraus, bietet Beratungen zu vielen Konsumententhemen an und führt vergleichende Warentests durch. In den letzten NR-Sitzungen konnten auch wichtige Verbesserungen für den Konsumentenschutz erreicht werden, z.B. bessere Infos bei gesundheitsschädlichen Lebensmitteln. ♦



STANDPUNKT

1. Mai: Kampf für Gerechtigkeit

War es vor 120 Jahren der 8-Stunden-Tag, kämpft die Sozialdemokratie heute für Gerechtigkeit und für den sozialen Ausgleich nach der Wirtschaftskrise. Tragen wir unsere Anliegen machtvoll auf die Straße!

Diese Woche begeht die europäische Sozialdemokratie einen wichtigen Jahrestag: Vor genau 120 Jahren gingen Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in ganz Europa zum ersten Mal international organisiert auf die Straßen, um ihren Forderungen an die Arbeitgeber und die Politik Ausdruck zu verleihen. Die Arbeitsbedingungen der Menschen waren damals unmenschlich: Durchschnittlich musste über 12 Stunden pro Tag gearbeitet werden. Fehlende Arbeitsschutzbedingungen hatten zur Folge, dass der Ausfall, etwa durch Krankheit, zu Kündigung und Armut führen konnte.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter mussten erkennen: Nur ihre Organisation sowie die Mobilisierung für ihre Forderungen können echte Veränderungen bringen. Tatsächlich wurden viele soziale Errungenschaften dann auch hart erkämpft: Das demokratische Wahlrecht, das Versicherungs- und Pensionswesen, die Einrichtung von Betriebsräten, die Gesundheitsversorgung und viele andere Reformen haben Sozialdemokratie und Gewerkschaft durch Mobilisierung möglich gemacht.

Mobilisierung, das heißt, die Menschen für unsere Ideen, für unsere Auffassung von Gesellschaft und Fortschritt zu begeistern; das heißt, klarzumachen, dass nur gemeinsam eine Verbesserung ihrer Situation erreicht werden kann. Und auch heute zeigt sich: Gut organisiert können Ziele besser und schneller erkämpft werden. Vergleicht man die Gehälter gewerkschaftlich nicht organisierter Berufsgruppen mit den organisierten, erkennt man: Nur durch Geschlossenheit kann Druck aufgebaut, nur durch Einigkeit können Interessen auch durchgesetzt werden.

Die Zeiten haben sich gewandelt und mit ihnen auch die Herausforderungen. So ist etwa die Zahl der Beschäftigten in der Industrie zurückgegangen, der Bildungs- und Ausbildungsgrad ist dank sozialdemokratischer Politik angestiegen. Und den-

noch: Auch heute stehen die Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Durch das Platzen der amerikanischen Immobilien-Blase wurde auch Österreich von der internationalen Wirtschaftskrise erfasst, die in eine soziale Krise zu kippen drohte. Nach dem Versagen der Selbstregulierung des freien Marktes lag nun alle Verantwortung plötzlich wieder beim Staat.

„Jetzt geht es um Gerechtigkeit – und wieder um den Einsatz einer starken Sozialdemokratie. Denn es stellt sich die Frage: Wer zahlt die Reparaturarbeit für diese Krise und was ist nach der Krise?“

Die Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann hat diese Verantwortung übernommen und Österreich zuverlässig durch die Wirren dieser Krise gelenkt. Das Bankenhilfspaket, die vorgezogene Steuerentlastung sowie die Arbeitsmarktpakete ließen die negativen Auswirkungen der Krise so gering wie möglich ausfallen. Die Wirtschaft ist mittlerweile sogar wieder ein wenig gewachsen, die Arbeitslosigkeit in Österreich ist die zweithöchste in Europa.

Jetzt geht es um Gerechtigkeit – und wieder um den Einsatz einer starken Sozialdemokratie. Denn es stellt sich die Frage: Wer zahlt die Reparaturarbeit für diese Krise und was ist nach der Krise? Heute geht es nicht mehr um den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, Gutsherren oder Fabrikanten. Heute geht es darum, Arbeitnehmer und Mittelstand gegen Monopoly spielende Spekulanten zu schützen. Heute geht es darum, dass nicht jene die Rechnung für diese Krise zahlen, die sie nicht verursacht haben.

Wir müssen nun also die richtigen Lehren aus der Krise ziehen – dafür werden wir nicht nur in Österreich, sondern auch auf

internationaler Ebene und in Europa kämpfen. Das bedeutet für uns, Druck aufzubauen und sich durchzusetzen gegen Banken- und Spekulanten-Lobbys mit all ihrer wirtschaftlichen und medialen Macht. Wir werden gemeinsam mit anderen Ländern für mehr Regulierung und Kontrolle eintreten. Je stärker wir unsere Positionen in Europa durchsetzen, desto eher werden wir statt dem Markt wieder den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellen können. Dass wir auf der Seite der arbeitenden Bevölkerung stehen, müssen wir jeden Tag mit unserer politischen Arbeit unter Beweis stellen. Es gibt keine Ausreden – wir müssen überzeugen. Wie stark wir uns durchsetzen, liegt an uns.

Banken-Solidarabgabe, Finanztransaktionssteuer, Börsenumsatzsteuer, Finanzvermögenszuwachssteuer oder die Reform der Stiftungsbesteuerung – wir Sozialdemokraten werden dafür kämpfen, dass jene, die die Krise mit verursacht haben, auch für die Reparaturarbeit einen Beitrag leisten. Aber: Unsere Ziele umsetzen können wir nur, wenn wir die Mehrheit für alle sichtbar hinter uns haben – wenn wir eine starke mobilisierende Kraft sind.

Arbeitnehmer, Arbeitslose, kleine und mittlere Unternehmen haben diese Krise nicht verschuldet. Im Gegenteil: Sie spürten und spüren die Auswirkungen der Krise am stärksten. Sie haben nicht jahrelang „freien und unregulierten Märkten“ gefrönt und Geld am Kapitalmarkt wie im Casino verzockt.

Wenn wir finanzielle und soziale Gerechtigkeit durchsetzen und gleichzeitig verhindern wollen, dass wir alle für die Fehler von Spekulanten und Banken bezahlen, dann müssen wir an diesem 1. Mai mobilisieren und unsere Stärke demonstrieren. Dafür braucht es Einigkeit und Geschlossenheit. Dafür braucht es Mut. Dafür braucht es das Engagement und den Einsatz aller Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie. ♦

1. MAI

Heute wie damals: Kampf

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, zeigt sich alljährlich die Stärke der sozialdemokratischen Bewegung. In Zeiten einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gilt mehr denn je: Soziale Sicherheit muss im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen.



Die SPÖ feiert einen kämpferischen 1. Mai: In Krisenzeiten muss die Sozialdemokratie ein starkes Zeichen der Geschlossenheit setzen. Jetzt darf der Sparstift nicht bei den sozial Schwächsten angesetzt werden!

„Wir werden nicht nachlassen, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Sicherheit stehen – gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise – im Zentrum des politischen Handelns.

INFO

1. Mai-Service

- » Eine Live-Übertragung der Maifeierlichkeiten am Wiener Rathausplatz gibt es auf www.spoe.at;
- » Ein Rednerdienst zum 1. Mai steht im Intranet unter www.spoe.at/intern zur Verfügung.

Vor 120 Jahren fand der so genannte „Feiertag des Proletariats“ zum ersten Mal statt, ein Jahr zuvor im Juli 1889 hatte die Sozialistische Internationale beschlossen, den 1. Mai zum weltweiten „Tag der Arbeit“ zu erklären. Das war ein wichtiger symbolischer Erfolg für die Arbeiterbewegung in ihren Kampf für soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe. Auch wenn sich die Zeiten maßgeblich gewandelt haben, sind die Werte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität – aktueller denn je. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und der Erhalt der sozialen

Regierung Faymann hat rasch und richtig auf Krise reagiert

Die weltweite Krise hat zu einer beispiellosen Talfahrt der Wirtschaft geführt. Der Rückgang der Industrieproduktion betrug in Österreich im Jahr 2009 11,8 Prozent – innerhalb eines Jahres ist jeder zehnte Industriearbeitsplatz verloren gegangen.

Die Sorge um den Arbeitsplatz und damit die Sorge um die Erwerbschancen waren das zentrale Thema der Österreicherinnen und Österreicher und damit ein klarer Arbeitsauftrag an die Politik. Die Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann hat Österreich mutig und sicher

um jeden Arbeitsplatz

durch die Krise geführt. Zahlreiche Maßnahmen, wie die vorgezogene Steuerentlastung und die beiden Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete, konnten die negativen Auswirkungen der Krise auf Österreichs Wirtschaft und den Arbeitsmarkt dämpfen. Österreich verfügt nicht nur über die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit in Europa (Stand Ende März 2010), sondern hat geschafft, was noch vor einem Jahr kein Experte für möglich gehalten hätte. Erstmals seit Ausbruch der Krise vor 16 Monaten war die Arbeitslosigkeit im März rückläufig.

Seit 120 Jahren – Kampf für Arbeit und faire Entlohnung

Seit mittlerweile 120 Jahren kämpfen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen Arbeitslosigkeit und für faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung. Anders als im Jahr 1890 ist das Recht auf Arbeit mittlerweile im Artikel 23 der Menschenrechtskonvention verankert. Durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise drohte aber, ähnlich wie in den 1930er Jahren, Massenarbeitslosigkeit. Mit einem Rekordbudget für aktive Arbeitsmarktpolitik, das heuer auf fast 1,5 Milliarden Euro aufgestockt wurde, konnte die SPÖ-geführte Regierung diese drohende Entwicklung abwenden. Für die SPÖ gilt heute wie vor über 100 Jahren: Jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zuviel. Daher wird die Sozialdemokratie in ihren Anstrengungen nicht nachlassen und weiter mit voller Kraft um jeden Arbeitsplatz kämpfen.

Armut nicht einfach hinnehmen

Vor 120 Jahren waren die Arbeitsbedingungen aus heutiger Sicht unvorstellbar unsozial – durchschnittlich dauerte ein Arbeitstag 12 Stunden. Arbeitsschutzbedingungen gab es nicht. Unfälle waren alltäglich und Arbeitsunfähigkeit hat ganze Familien in Armut und Elend gestürzt. In den letzten 120 Jahren hat sich die soziale Situation für die Menschen in Österreich deutlich verbessert – Österreichs Sozialsystem gehört zu den besten und fortschrittlichsten dieser Welt. Trotzdem sind immer noch fast eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet. Für Sozialmi-

Zur Geschichte des 1. Mai

Vor 120 Jahren, am 1. Mai 1890 gingen hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter in Wien auf die Straße um für ihre Interessen zu demonstrieren.

Am 14. Juli 1889 wurde die Zweite Internationale als Vereinigung selbständiger sozialistischer Parteien in Paris gegründet. Die österreichische Delegation, die aus sieben Mitgliedern bestand, wurde von Victor Adler angeführt. Auf Antrag der Vertreter Frankreichs wurde der 1. Mai – im Gedenken an einen Generalstreik in den USA am 1. Mai 1886 – zum internationalen Kampftag für den Achtstundentag erklärt. Ab 1890 wurde dann der 1. Mai von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefeiert. Bis 1907 stand der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht im Zentrum der Maifeiern. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden die Demonstrationen zu eindrucksvollen Kundgebungen für den Frieden und die internationale Solidarität.

Seit 1919 Staatsfeiertag

Während des ersten Weltkriegs fanden keine Maifeiern statt. Die neue staatspolitische Bedeutung der Sozialdemokratie fand im Beschluss des Nationalrats vom 25. April 1919 ihren Ausdruck, mit dem der 1. Mai zum Staatsfeiertag erklärt wurde. Der erste Fackelzug der Arbeiterjugend wurde am Vorabend des 1. Mai 1926 abgehalten. Bald standen die Solidarität mit den Arbeitslosen und der Kampf gegen den Faschismus im Vorder-



Die Sozialdemokratie hat sich seit ihrer Gründung als Partei der arbeitenden Menschen verstanden und sich in ihrer ganzen Geschichte dafür eingesetzt, dass die Menschen dieses Landes von ihrer Arbeit leben können.

grund der Demonstrationen. Nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 verbot die damalige Regierung sämtliche Maiaufmärsche. Der Parteivorstand rief deshalb zu legalen Massenspaziergängen am Ring auf. Nach dem Februar 1934 wurde die Arbeiterbewegung in die Illegalität gedrängt. Die Faschisten versuchten, die tiefe Verankerung des 1. Mai in der Bevölkerung für ihre Zwecke zu nutzen: Dollfuß erklärte den 1. Mai zum „Tag der Verfassung“, die Nationalsozialisten machten später einen durch altes Brauchtum verklärten „Tag der Arbeit“ daraus. Während im Westen noch gekämpft wurde, war der 1. Mai 1945 in Ostösterreich schon Anlass zu den ersten politischen Kundgebungen der Zweiten Republik. ♦

nister Rudolf Hundstorfer steht daher fest: „Wir dürfen Armut nicht erdulden, sondern wir müssen gegensteuern und die Armut bekämpfen“. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die am 1. September 2010 in Kraft treten wird, ist eine konkrete Maßnahme zur Armutsbekämpfung und ein Meilenstein am Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Verhindern, dass sich die Krise wiederholt

Jetzt geht es um die Reparaturarbeit nach der Krise und es geht darum, zu verhin-

dern, dass sich eine solche Krise wiederholt. Die SPÖ wird weiterhin alles unternehmen, damit die Menschen von Arbeitslosigkeit weitgehend verschont bleiben und Österreichs hervorragendes Sozialsystem erhalten bleibt. Eines steht fest: Gerade in Krisenzeiten darf der Sparstift nicht bei den sozial Schwächsten angesetzt werden. Und, wie Sozialminister Rudolf Hundstorfer betonte: „Es gilt den Sozialstaat gegen all jene zu verteidigen, die versuchen ihn abzubauen und auszuhöhlen.“ Daher ist es so wichtig, gerade jetzt ein Zeichen zu setzen und den 1. Mai gemeinsam mit der SPÖ zu feiern. ♦

WAHLNACHLESE

Fulminanter

Bundespräsident Heinz Fischer wurde mit dem zweitbesten jemals erreichten Ergebnis (78,94 Prozent) in seinem Amt bestätigt, FPÖ-Kandidatin Rosenkranz ist abgestürzt. Demokratiepolitisch bedenklich ist die geringe Wahlbeteiligung, die der ÖVP anzulasten ist.



Tatic

Seinen Dank richtete Fischer nach der Wahl nicht nur an alle jene, die ihn unterstützt haben, sondern ausdrücklich auch an die SPÖ. „Die Sozialdemokratie hat zu diesem Erfolg beigetragen. Sie hat jedoch die Größe, diesen nicht für sich zu vereinnahmen“, meinte Fischer.

„Enttäuscht bin ich vom Koalitionspartner. Eine staatstragende Partei, die keinen Kandidaten aufstellt, hätte einen der Kandidaten unterstützen müssen. Demokratie lebt von Beteiligung.“

Bundeschkanzler Werner Faymann

Ich gratuliere Heinz Fischer ganz herzlich zum hervorragenden Wahlsieg“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann in einem ersten Statement am Wahlabend.

„Ich freue mich für ihn und für Österreich, dass er diese Aufgabe auch die nächsten sechs Jahre ausüben wird. Heinz Fischer ist ein verlässlicher, besonnener und menschlicher Bundespräsident, der im In- und Ausland viel für Österreich getan hat.“ Bundespräsident Heinz Fischer hat ein fulminantes Wahlergebnis erreicht. Sein Wahlziel, nämlich in allen Bundesländern eine absolute Mehrheit zu erringen, wurde weit übertroffen. In acht von neun Bundesländern erreichte der amtierende Bundespräsident eine Zustimmung von mehr als 75 Prozent der Stimmen. Heinz Fischer hat damit das

zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Zweiten Republik erreicht. Auch in absoluten Zahlen haben 2010 mehr Menschen Fischer gewählt als 2004 – trotz der geringen Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent. Konkret haben 2004 2.166.690 Wählerinnen und Wähler für Fischer gestimmt, 2010 sind es (nach vorläufigem Endergebnis ohne Wahlkarten) 2.287.640.

SPÖ hat eindrucksvoll mobilisiert

Der Wahlsieg Heinz Fischers beruht laut SORA auf einer starken Mobilisierung der

Wahlsieg!

SPÖ-Wähler der Nationalratswahl 2008. Bedenklich ist allerdings die Tatsache, dass jeder zweite Wahlberechtigte Zuhause geblieben ist. Zu verantworten haben das jene, die dazu aufgerufen haben, das Wahlrecht nicht in Anspruch zu nehmen – also die ÖVP. Laut SORA-Institut sind 580.000 Nichtwähler der ÖVP zuzuordnen, 540.000 der FPÖ und 310.000 dem BZÖ. „Ohne die Gegenkampagne der ÖVP zur Wahlbeteiligung wäre ein völlig anderes Wahlverhalten gegeben“, ist SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter überzeugt.

FPÖ-Kandidatin bei Wählern durchgefallen

Die FPÖ ist mit ihrer Kandidatin Barbara Rosenkranz samt ihrem fragwürdigen Geschichtsbild abgestürzt. Das Wahlziel von FPÖ-Chef Strache (35 Prozent) ist nicht einmal annähernd erreicht worden. Selbst das von Rosenkranz auf 17 Prozent relativierte Wahlziel wurde mit 15,6 Prozent deutlich verfehlt. Ebenso verlief es mit ihrem Wahl-



Tosender Jubel für den Wahlsieger Heinz Fischer und ausgelassene Stimmung bis spät in die Nacht kennzeichneten die Wahlparty im Wiener Museumsquartier.

ziel, das beste Ergebnis der bisher vier blauen Kandidaten einzufahren. Ihr Stimmenanteil ist nur etwas besser als der von Burghard Breitner, dem bisher schwächsten FPÖ-Kandidaten, (15,4 Prozent im Jahr 1951).

„Der Wahlerfolg von Heinz Fischer ist ein Sieg für Rot-Weiß-Rot und für all jene Menschen, die sich für Werte wie Demokratie

und Menschlichkeit stark machen und die vehement gegen Rechtsextremismus und Hetze auftreten“, stellte Faymann fest.

„Der Wahlerfolg von Heinz Fischer ist ein Sieg für Rot-Weiß-Rot und für all jene Menschen, die sich für Werte wie Demokratie und Menschlichkeit stark machen und die vehement gegen Rechtsextremismus und Hetze auftreten“, stellte Faymann fest. ♦

WAHLANALYSE

83 Prozent der SPÖ-Wähler sind wählen gegangen

Das SORA-Institut hat in seiner Analyse festgestellt, dass die SPÖ hervorragend mobilisiert hat. Die Ursachen für die geringe Wahlbeteiligung von nicht einmal 50 Prozent liegen in der Weißwähl-Kampagne und der Tatsache, dass von der ÖVP weder aufgerufen wurde, einen bestimmten Kandidaten zu wählen, noch zur Wahl zu gehen.

- ▶ Laut SORA fußt der Wahlsieg Heinz Fischers auf der starken Mobilisierung der SPÖ-Wähler. 1,18 Millionen SPÖ-Wähler (das sind 83 Prozent der SPÖ-Wähler von 2008) haben Fischer ihre Stimme gegeben. Heinz Fischer konnte darüber hinaus etwa 554.000 Stimmen von der ÖVP und 423.000 Stimmen von den Grünen für sich gewinnen.
- ▶ Etwas mehr als ein Drittel der ÖVP-Wähler von 2008 hat bei der Bundespräsidentenwahl nicht gewählt, 10 Prozent haben einen ungültigen

Stimmzettel abgegeben. Von den gültigen ÖVP-Stimmen entfallen 554.000, das sind 44 Prozent der ÖVP-Wähler von 2008, auf Heinz Fischer, sechs Prozent der ÖVP-Wähler von 2008 haben Rudolf Gehring gewählt und vier Prozent Barbara Rosenkranz.

- ▶ Die niedrigste Wahlbeteiligung ist in den ÖVP-Ländern Vorarlberg und Tirol zu verzeichnen.

- ▶ Im Burgenland sind die meisten Wahlberechtigten zur Urne gegangen. Im Bundesland mit dem besten SPÖ-Ergebnis (52,2 Prozent bei Landtagwahl 2005) war auch die Wahlbeteiligung mit 64,1 Prozent am höchsten.
- ▶ Die in absoluten Zahlen größte Zustimmung erhielt Heinz Fischer in Niederösterreich mit 534.483 Wählerstimmen.

Wahlergebnis nach Bundesländern

Vorläufiges Endergebnis (ohne Briefwahl), Stimmenanteile in Prozent

	Heinz Fischer	Barbara Rosenkranz	Rudolf Gehring	Ungültig
Wien	82,5	14,1	3,4	5,7
Niederösterreich	77,8	17,0	5,2	9,5
Oberösterreich	78,9	15,3	5,8	7,2
Steiermark	78,2	16,0	5,9	6,3
Salzburg	77,8	15,9	6,3	6,9
Kärnten	73,4	20,8	5,8	7,7
Tirol	80,9	13,0	6,2	3,9
Vorarlberg	81,1	8,1	10,8	4,0
Burgenland	79,0	15,6	5,4	10,8
Gesamt	78,9	15,6	5,4	7,3

Quelle: APA/BMI | Grafik: SPÖ

Wahlbeteiligung

Vorarlberg	34,4
Tirol	36,9
Salzburg	48,3
Österreich	49,2
Burgenland	64,1

Quelle: BMI | Grafik: SPÖ

BUDGET

Gerechte Finanzierung der Krise

Im Nationalrat wurde der Bundesfinanzrahmen bis 2014 debattiert. Für die Konsolidierung des Budgets braucht es einen ausgewogenen Mix aus einnahmenseitigen und ausgabenseitigen Maßnahmen.

„Die Sozialdemokraten sind die erste und einzige Partei, die klare Antworten auf diese Fragen gegeben hat.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Kainer über die Finanzierung der Krise

Für Bundeskanzler Werner Faymann steht fest, dass es bei der Budgetkonsolidierung „gerecht zugehen muss“. Der Abbau der Verschuldung könne nur erreicht werden, wenn sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite Maßnahmen gesetzt werden. Dass dabei „jenen, die durch Spekulation die Krise mitverursacht haben, rasch wieder auf die Beine geholfen wurde und nun die, die jeden Euro ohnehin zweimal umdrehen müssen, die Krise ausbaden sollen“, sei nicht einzusehen, so Faymann.

Verursacher der Krise zur Kasse bitten

SPÖ-Klubobmann Josef Cap bezeichnet „hemmungslose Spekulanten“ als Verursacher der Krise. „Die SPÖ ist die Verteidigerin der Mittelschichten und setzt sich für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ein“, bekräftigt Cap. Wie er will auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter bei Banken und Spitzenverdienern ansetzen, da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohnehin bereits „Betroffene und Geschädigte der von ihnen unverschuldeten Krise“ seien. Kräuter fordert eine Erhöhung der Besteuerung der Spitzeneinkommen über 300.000 Euro um fünf Prozent, was 155 Millionen Euro einbringen würde.

Nicht in eine neue Krise hineinsparen

Dass es in Österreich die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit in der EU gibt, belege den großen Erfolg der bisher gesetzten Maßnahmen, z.B. das Vorziehen öffentlicher Investitionen, so SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. Eine Antwort auf Fragen der Krise und de-



Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigt, dass „diejenigen, die in der Vergangenheit weniger beigetragen haben, aber zu mehr in der Lage gewesen wären, insbesondere bei einnahmenseitigen Maßnahmen unter der Prüfung der sozialen Gerechtigkeit auch verstärkt herangezogen werden“

ren Finanzierung gebe nur die Sozialdemokratie. Beim Finanzrahmengesetz wurde auch differenziert: Zukunftsressorts wie Bildung, Forschung und Soziales haben niedrigere Sparziele. „Wir dürfen uns nicht in eine Krise hineinsparen, sondern müssen uns hinausinvestieren um das Wirtschaftswachstum zu stärken“, erklärt Krainer.

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter bekräftigt, dass es der „hervorragenden Arbeit und guten Vorarbeit“ der

Regierungsparteien zu verdanken sei, dass „unser heutiger Einsparungsbedarf deutlich niedriger ist als in den meisten vergleichbaren europäischen Ländern“. Matznetter betont, dass das Budgetrahmengesetz „Maß und Ziel“ habe und sozial gerechte ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen vorsehe. SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits fordert, dass zur Konsolidierung „auch die Super-Reichen in diesem Lande einen Beitrag leisten müssen“. ♦

ZUM THEMA

Einnahmenseitige Konsolidierungsvorschläge der SPÖ

- » Bankenabgabe (bringt 500 Mio. Euro)
- » Finanztransaktionssteuer
- » Steuer auf Vermögenszuwächse aus Finanzgeschäften und Finanzspekulationen
- » Überprüfung des Steuerrechts für Stiftungen: höherer Zwischensteuersatz bei Stiftungen
- » Ende der steuerlichen Absetzbarkeit für Managergehälter über 500.000 Euro
- » Wegfall der Spekulationsfrist bei Aktiengewinnen
- » Schließung von Steuerschlupflöchern und -privilegien

Diese Maßnahmen brächten bis zu 2 Milliarden Euro.

FRAUEN

Girls' Day 2010

Zahlreiche SPÖ-Politikerinnen und Politiker wollen am Girls' Day junge Frauen für frauenuntypische Berufe begeistern.



Die Ministerinnen Heinisch-Hosek und Bures mit den ersten Kapitäninnen Österreichs und Wiener Schülerinnen.

Die Mehrheit der jungen Frauen entscheidet sich immer noch für die drei klassischen Lehrberufe Sekretärin, Verkäuferin und Friseurin. Der

Girls' Day soll das ändern: „Der Tag soll dazu beitragen, junge Frauen zu informieren, welche tollen und spannenden Berufsmöglichkeiten es für sie gibt“, so Frau-

enministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Verkehrsministerin Doris Bures. Sie luden Wiener Schülerinnen zu einer Donau-Rundfahrt auf dem Twin City Liner mit den ersten beiden Kapitäninnen Österreichs. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gewährte über vierzig jungen Frauen einen Blick hinter die Kulissen des Parlaments, das eine Fülle an spannenden Berufen bietet. ♦



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gewährt jungen Frauen einen Blick hinter die Kulissen des Hohen Hauses. Es bietet eine Vielzahl spannender Berufe.

BUNDESFINANZIERUNGSAGENTUR Faymann für klare Regeln

Die Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA), die den Schuldendienst des Bundes managt, soll künftig sicherer und weniger spekulativ agieren.

Daher fordert Bundeskanzler Werner Faymann neue Regeln, die zu mehr Klarheit, Transparenz und Kontrolle führen sollen. Faymann stellt klar, dass unter Finanzminister Grasser „risikoreiche Praktiken eingerissen“ seien, die es „nun zu ordnen gilt“. Außerdem müsse festgelegt werden, nach welchen Regeln vorzugehen und von welchen Praktiken Abstand zu nehmen sei. Die Regierung konnte sich bereits darauf verständigen, dass maximal ein Drittel des jährlichen Finanzierungsbedarfs kurzfristig veranlagt werden darf und ab jetzt eine konsequente Trennung von Marktaktivitäten und Risikomanagement in allen ÖBFA-Einheiten gelten muss, so Faymann. ♦



Die Bundesfinanzierungsagentur muss sicherer agieren.

SERIE MUSEUMSPOLITIK (3) Gratis-Eintritt und Kulturvermittlung

Im letzten Teil der „SPÖ Aktuell“-Serie zum Gratis-Eintritt in Museen geht es um die Vermittlungsangebote des MUMOK und der Nationalbibliothek.

Mit dem Gratis-Eintritt bis 19 hat Kulturministerin Claudia Schmied dafür gesorgt, dass die Sammlungen Österreichs für Kinder und Jugendliche geöffnet werden – und das ohne soziale Barrieren. So gibt es im Museum Moderner Kunst (MUMOK) etwa das Projekt „Jetzt übernehmen wir“: Volksschulkinder lernen im Rahmen der Nachmittagsbetreuung das MUMOK kennen. Die Nationalbibliothek punktet unter dem Titel „Wissenswelten. Kinder entdecken die Nationalbibliothek“ ab Herbst mit einer Reihe von erlebnisorientierten Programmen, speziell für die Neue Mittelschule. ♦



Ein Meilenstein der Kulturpolitik: Der Gratis-Eintritt in Bundesmuseen.

JUBILÄUM

65 Jahre Zweite Republik

Am 27. April jährte sich die Wiedererrichtung der Republik zum 65. Mal. Sie wurde auf dem festen Fundament der Absage an politische Gewalt, Faschismus und Nationalsozialismus errichtet.



Karl Renner – Gründervater der Zweiten Republik – bei der Wiedereröffnung des Parlaments im Jahr 1945



Gemeinsam mit den Regierungsmitgliedern nahm Kanzler Faymann bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Wiedererrichtung der Zweiten Republik teil.

„Wir dürfen keinen Millimeter nachgeben, wenn unverantwortliche und geschichtslose politische Mitbewerber einen weniger strikten Umgang mit dem Verbotsgesetz fordern.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Zurückzuführen ist die Wiedererrichtung der Republik auf das Engagement des Sozialdemokraten Karl Renner. Bereits am 1. April 1945 nahm Renner Kontakt zu den sowjetischen Truppen auf, die in das Burgenland vorgezogen waren. Renner wurde schließlich

von den Russen mit der Bildung einer provisorischen Regierung beauftragt, der er auch vorstand. Am 27. April 1945 – also noch vor dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkriegs – wurde die Unabhängigkeit Österreichs erklärt und die Geschichte der Zweiten Republik begann.

Zum Gedenken an die Gründung der Zweiten Republik fand auch heuer wieder ein Festakt beim Wiener Burgtor statt. Bundeskanzler Werner Faymann sagte: „Wir wollen uns der Fundamente der Zweiten Republik erinnern: Für mich sind dies das klare Bekenntnis zur Demokratie und Freiheit, der Antifaschismus, die Offenheit des Landes und die Gemeinsamkeit.“

Keine Schwächung der Demokratie

Der Kanzler betonte, dass auch heute niemals aus den Augen verloren werden darf, dass das Recht vom Volk ausgehe. „Dazu gehört für mich auch die Demut vor Volksentscheiden.“ Für ihn zähle aber auch die Verpflichtung der Parteien dazu, „an dieser Demokratie aktiv und jederzeit mitzuwirken. Daher muss sich diese Republik gegen alle Versuche, die Errungenschaft der Demokratie zu schwächen und umzuwenden, zur Wehr setzen“, unterstrich Faymann. Die Republik ist aber auch auf dem klaren Bekenntnis gegen politische Gewalt, Faschismus und Nationalsozialismus aufgebaut, so der Bundeskanzler. „Gerade heute sollten wir der unzähligen Opfer dieses Kampfes gegen die NS-Diktatur und für die Freiheit gedenken. Ohne ihren Mut hätte Österreich seine Freiheit nicht wiedererlangt.“ Faymann sagte weiter: „Das Verständnis als Opfer muss aber immer einhergehen mit dem Bekenntnis zur Mitschuld Österreichs am Angriffskrieg Hitler-Deutschlands.“ Der Bundeskanzler betonte: „Wir dürfen keinen Millimeter nachgeben, wenn unverantwortliche und geschichtslose politische Mitbewerber einen weniger strikten Umgang mit dem Verbotsgesetzes fordern. Es kann keine ‚neue‘ Bewertung des Verbotsgesetzes geben, weil die ‚alte‘ Bewertung nichts von ihrer Gültigkeit verloren hat.“



Bundeskanzler Werner Faymann bei der Kranzniederlegung: „Gerade heute sollten wir der unzähligen Opfer dieses Kampfes gegen die NS-Diktatur und für die Freiheit gedenken.“

Fotos: BKA (2), picturedesk (1)

Analyse

Leben retten

Täglich sterben 27.000 Kinder, weil sie in Armut lebten. Dieses Buch erklärt, warum Sie bisher nichts dagegen getan haben – und zeigt, wie Sie ein Leben retten können.

Peter Singer rechnet vor, wie wir die Armut abschaffen könnten, indem jeder Einzelne, der nicht in Armut lebt, einen kaum spürbaren Teil seines Besitzes abgibt. Er geht nüchtern der Frage nach, warum es uns so schwerfällt, diesen kleinen, aber alles verändernden Schritt zu machen. Einer Gruppe (A) wird in Aussicht gestellt, dass sie mit einer Spende einem Kind das Leben retten könnte. Die zweite Gruppe (B) könnte durch eine Spende das Leben von acht Kindern

retten. Das Ergebnis: Gruppe B spendet deutlich weniger als Gruppe A. Anhand verschiedener Experimente zeigt Peter Singer auf, welche psychologischen Faktoren uns davon abhalten, trotz rationaler Einsicht tatkräftig zur Lösung eines der größten Probleme der Menschheit beizutragen. Am Ende steht keine Anklage oder moralische Entlastung – sondern ein konkreter Sieben-Punkte-Plan, mit dem die Armut auf der Welt abgeschafft werden kann. ♦

Theorie

Raster des Krieges

Die Autorin erläutert in diesem Buch, wie Wahrnehmungskategorien unseren Blick auf bewaffnete Konflikte und ihre Opfer bestimmen.

Wenn wir lesen, dass in Afghanistan deutsche Soldaten sterben, sind wir betroffen. Das Schicksal gleichzeitig getöteter ziviler Dorfbewohner bekümmert uns deutlich weniger. Der Krieg, so erklärt Judith Butler – Professorin für Rhetorik und Komparatistik an der University of California – diese unterschiedliche Wahrnehmung, dient uns als Deutungsrahmen, nach dem einige Leben mehr wert sind als andere. Zugleich ist der Krieg nur möglich, weil weitere Rahmen oder Raster („frames“)

den bewaffneten Konflikt als notwendig erscheinen lassen. Anhand der Themen Folter, Fotografie, Einwanderungs- und Sexualpolitik, Rassismus und moderne Kriegsführung macht Butler deutlich, welche Rahmen unsere Wahrnehmung beeinflussen. Insbesondere versucht sie all diejenigen einzubeziehen, deren Leben im derzeit vorherrschenden westlichen Rahmen nur als zu vernachlässigendes Leben vorkommt und deren Tod in diesem Rahmen kaum betrauert werden kann. ♦

Geschichtsbuch

Allein in die Fremde

Wien, Ende 1938. Die Situation der jüdischen Bürger verschlimmert sich von Tag zu Tag. Als die Möglichkeit für getrennte Kinderemigration publik wird, ist die Nachfrage groß.

Die Visabeschaffung wird neben dem täglichen Überleben zur zentralen Problematik. Als die Möglichkeit aufkommt, getrennte Kinderemigration durchzuführen, ist die Nachfrage sehr groß. Über das Palästina-Amt wird die Jugendalija nach Palästina durchgeführt, während die Israelitische Kultusgemeinde Transporte in europäische Länder und später in die USA organisiert. In solchen Kindertransporten fahren von Wien aus an die 3.000 Kinder

allein in ein fremdes Land und entgehen so der Verfolgung durch das Regime der Nationalsozialisten. In „Allein in die Fremde“ werden die Lebensgeschichten und Schicksale dieser Kinder nachgezeichnet. Die Autorin Gerda Hofreiter gibt einen ausführlichen Überblick über alle Transporte ab Wien und verfolgt die Wege und Schicksale der Kinder – ein ebenso informativer wie nachdenklicher Blick auf einen bislang „weißen Fleck“ unserer Zeitgeschichte. ♦

 Stk.


Peter Singer
Leben retten. Wie sich die Armut abschaffen lässt ...
Arche Literatur Verlag, Zürich – Hamburg 2010; 267 S., 18,40 €

 Stk.


Judith Butler:
Raster des Krieges.
Campus Verlag,
Frankfurt/Main 2010;
180 S., 20,50 €

 Stk.


Gerda Hofreiter:
Allein in die Fremde.
Studienverlag,
Innsbruck 2010;
133 S., 19,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



PVÖ-FESTVERANSTALTUNG

Der Beginn einer Ära

Anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der Angelobung der ersten Regierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky organisierte der Pensionistenverband Österreichs (PVÖ) die Festveranstaltung „Ich bin der Meinung“, an der zahlreiche Weggefährten Kreiskys teilnahmen.

Durch Bruno Kreisky wurde Österreich wohlhabender, sozialer und besser. Dies ist eine Veranstaltung, um Bruno Kreisky für all das Danke zu sagen“, betonte PVÖ-Präsident Karl Blecha in seinen Begrüßungsworten. Neben zahlreichen Weggefährten Kreiskys wie Finanzminister a.D. Hannes Androsch, Kreiskys Kabinettschef Peter Jankowitsch, Bundesminister a.D. Erwin Lanc, Kreiskys Sekretärin und enge Vertraute Margit Schmidt, Nationalrätin und Bundesfrauensekretärin a.D. Irmtraut Karlsson, dem ehemaligen ORF-Generalintendant Gerd Bacher u.v.a. nahmen auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer sowie Medienstaatssekretär Josef Ostermayer als Vertreter der Regierung an der Veranstaltung teil.

Angelobung Kreiskys war Beginn tiefgreifender Veränderungen

Blecha betonte, dass es Bruno Kreisky gewesen sei, der das österreichische Gesundheitssystem verbessert, die Pflegeheime ausgebaut und mit der Dynamisierung – der automatischen Anpassung der Pensionen – „den Pensionisten Sicherheit gegeben“ hat. In diesem Zusammenhang erinnerte der PVÖ-Präsident daran, dass vor dem Regierungsantritt von Bundeskanzler Kreisky eine durchschnittliche Pension nur 2.000 Schilling betrug. Nach der Ära Kreisky waren es fast 5.000 Schilling. ♦



Sprachen über die Ära Kreisky und den Menschen hinter dem Politiker: (v.l.n.r.) G. Bacher, I. Karlsson, R. Hundstorfer, M. Schmidt, K. Blecha, E. Lanc, P. Jankowitsch.

Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: „Alles, was für die Sozialdemokratie damals unter Bruno Kreisky wichtig war, ist es auch noch heute.“



„Die Angelobung der ersten Regierung Kreisky war der Beginn tiefgreifender Veränderungen“, so PVÖ-Präsident Karl Blecha.



BURGENLAND

Neue Plakat-Kampagne der SPÖ präsentiert



Sicherheit, Arbeit und Bildung sind die Themen der neuen Plakat-Kampagne der SPÖ Burgenland, die die Schwerpunkte der erfolgreichen Regierungsarbeit der letzten Jahre fortsetzt.

„Die SPÖ setzt im Landtagswahlkampf auf aussagekräftige Plakate mit bürgernahen Inhalten“, so Landeshauptmann Hand Niessl bei der Präsentation der neuen SPÖ-Plakatkampagne in Eisenstadt. Es geht um bürgernahe Themen. Arbeit, Sicherheit und Bildung sind die Schwerpunkte der Plakatserie. „Wir setzen unsere Leitlinie ‚Wir BurgenländerInnen‘ fort“, so SPÖ-Wahlkampfmanager, Landesgeschäftsführer Robert Hergovich. „Wir plakatieren keine Models sondern ganz normale Burgenländerinnen und Burgenländer mit dem Landeshauptmann“, versichert Hergovich.

Burgenland auf Erfolgskurs

Die Kampagne setzt die Schwerpunkte der erfolgreichen Regierungsarbeit der letzten Jahre fort. „Das Burgenland hat als erstes Bundesland die Trendwende am Arbeitsmarkt geschafft. Nach einer international sehr schwierigen Zeit steigt im Burgenland wieder die Zahl der Beschäftigten – die Arbeitslosigkeit sinkt“, so Niessl. Auch bei der Bildung ist das Burgenland auf Erfolgskurs: Es hat neben der höchsten Maturantenquote auch die beste Betreuungsquote für Drei- bis Fünfjährige. Auch das Thema Sicherheit kommt nicht zu kurz: Mit dem Verein Nachbarschaftshilfe soll die Sicherheit in den Gemeinden spürbar verbessert werden. Der Aufstieg des



SPÖ Burgenland

Landeshauptmann Hans Niessl und SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich: So sieht sie aus, die neue Plakatkampagne.

Burgenlands soll fortgesetzt werden. „Dafür bitten wir die Burgenländerinnen und Burgenländer mit dieser Plakat-Kampagne um ihr Vertrauen“, so Landeshauptmann Niessl. ♦

WIEN

Zweite Wiener „Käfigmeisterschaft“ startet



2. Wiener Käfig-Meisterschaft: Ab 1. Mai finden „Käfig-Tage in allen 23 Bezirken statt. Das große Finale geht beim Donauinsselfest über die Bühne.



Nach dem Riesenerfolg des letzten Jahres wird die Wiener Käfigmeisterschaft nun fixer Bestandteil des Wiener Eventkalenders.

Ab 1. Mai ist es wieder so weit: Die SPÖ Wien sucht die Wiener „Käfigmeister“. Antreten können Mädchen und Burschen zwischen 11 und 25 Jahren in den Sportarten Beachvolleyball, Streetball und

Scheidl

Streetsoccer. Die Erstausgabe im letzten Jahr war ein großer Erfolg, mehr als 80 Teams haben teilgenommen. Grund genug die Wiener „Käfigmeisterschaften“ nun zu einem bezirksübergreifenden und jährlich wiederkehrenden Ereignis werden zu lassen. Projektkoordinator Peko Baxant, der auch der Jugendkoordinator der SPÖ Wien und Landtagsabgeordneter ist, bringt den Grundgedanken des Turniers auf den Punkt: „Der gemeinsame Sport fördert das friedliche Miteinander. Im Sport spielen Regeln eine ebenso wichtige Rolle wie die Wiener Hausordnung für das Alltagsleben.“ Für Baxant gilt es die Werte Respekt, Fairness und Rücksichtnahme zu vermitteln. Sport ist dafür das ideale Vehikel.

Finalrunde am Donauinsselfest

Die „Käfigmeisterschaft“ macht in ihrer zweiten Runde in allen 23 Bezirken Station. Das große Finale findet beim Donauinsselfest vom 25. bis 27. Juni statt.

Für die Turniere könnt ihr euch unter www.kaefigmeister.at anmelden. Die Termine der Turniere findet ihr im nebenstehenden Kasten. ♦

TERMINE 2010

- 1. Mai** 1. Beethovenplatz, 2. Venediger Au, 3. Kinderpark Stadtpark
- 8. Mai** 5. Margaretengürtel, 6. Fritz-Imhoff-Park, 12. Gaudenzdorfer Gürtel
- 15. Mai** 4. Alois-Drasche-Park, 7. Josef-Strauss-Park, 9. Lichtentalerpark
- 22. Mai** 8. Schönborn-Park, 16. Schuhmeierplatz, 17. Lidlpark
- 29. Mai** 10. Wielandpark, 11. Hyblerpark, 23. Maurer Rathauspark
- 5. Juni** 13. Versorgungsheimplatz, 14. Reinlpark, 15. Auer-Welsbach-Park
- 12. Juni** 18. Pötzleinsdorfer Schlosspark, 19. Heiligenstädter Park
- 12. Juni** 21. Wassermannngasse
- 19. Juni** 20. Allerheiligenplatz, 22. Am Kaiserwasser

25.-27. Juni
Finalrunde beim Donauinsselfest



picturedesk

1. Mai noch immer Demonstrationstag für Arbeit und Beschäftigung

Heuer feiern die Maiaufmärsche ihr 120-jähriges Jubiläum. Zeitzeuge Josef Staribacher erinnert sich im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ an die Maifeiern in der Zeit, als die SPÖ und ihre Organisationen verboten waren.



picturedesk

„Bis 1938 sind wir am Ring spazieren gegangen. Das ist damals ein Existenzkampf für die Partei gewesen.“

„Der 1. Mai ist nach wie vor Demonstrationstag für Arbeit und Beschäftigung.“

„SPÖ Aktuell“: Herr Staribacher, können Sie sich noch an Ihren ersten Maiaufmarsch erinnern?

Josef Staribacher: An die in der Ersten Republik habe ich dunkle Erinnerungen. Der 1. Mai ist bei uns aber immer groß gefeiert worden. Da sind wir zum Mai-Aufmarsch gegangen. Das war für uns ganz selbstverständlich.

Wie war das, als die Maifeiern 1933 von Dollfuß verboten wurden?

Ich war damals bei den Roten Falken. Wir sind um 10 oder 11 Uhr zum Ring gekommen und den ganzen Tag auf und ab gegangen, um die Regierung zu ärgern.

Das ist schon sehr beeindruckend...

Für uns war das damals ein richtiger Protest. Die Regierung hat die Aufmärsche verboten, aber wir haben uns das nicht nehmen lassen. Bis 1938 sind wir am Ring spazieren gegangen. Die 1. Mai-Feier war

wichtig für die Partei und für die Organisationen. Das ist damals ein Existenzkampf gewesen. Nicht so wie jetzt – irgendeine Demonstration für Freiheit. Das war aber natürlich alles in Verbindung mit den Forderungen der Arbeiterschaft zu sehen.

Was wurde damals gefordert?

Beschäftigung. Damals gab es viele Arbeitslose. Der Tag der Arbeit war als Demonstration für Arbeit zu sehen.

Als es nach dem Krieg 1946 die Mai-Aufmärsche wieder gab: Was wurde dann gefordert?

Nach dem Krieg gab es das Problem der Beschäftigungslosigkeit nicht. Da sind Arbeitskräfte gesucht worden. Da standen die Demonstrationen unter dem Aspekt, wie man die Ernährung sichern kann. Das war wieder ein Existenzkampf, aber ein anderer.

Herr Staribacher, gehen Sie heute noch mit beim Mai-Aufmarsch?

Ja sicher. Ich gehe mit dem Bezirk mit. Meine politische Heimat war die Landstraße, weil mein Vater als Straßenbahner dort ge-

arbeitet hat. Jetzt fahre ich nur mehr zum Parlament und warte bis der Zug kommt, dann gehe ich mit zum Rathausplatz. Ich kann nicht mehr so weit gehen, aber ein Stück gehe ich immer mit. Und dann stehe ich immer oben auf der Bühne.

Im Laufe Ihres Lebens haben Sie viele Krisen miterlebt. Wie beurteilen Sie die aktuelle Krise?

Heute erleben wir eine Wohlstandskrise. Das ist der Unterschied. Wir haben ja kein Elend in Österreich – im Gegenteil. Die Krise, in der sich der Staat und auch die Partei befinden, ist eine andere als in der Ersten Republik. Das kann man in Wirklichkeit gar nicht vergleichen.

Trotzdem gibt es aber tausende Arbeitslose ...

Das ist schon furchtbar, aber ein Arbeitsloser heute ist mit einem Arbeitslosen früher gar nicht vergleichbar, weil sie sozial abgesichert sind.

Was sind die heutigen Forderungen?

Heute fordern wir auch Beschäftigung, aber in einer Zeit, in der es den Leuten gut geht. Damals hat Not und Elend geherrscht.

An der grundlegenden Forderung hat sich also nichts geändert?

Nein, natürlich nicht. Der 1. Mai ist nach wie vor ein Demonstrationstag für Arbeit und Beschäftigung. Das ist klar! ♦

Josef Staribacher wurde 1921 in Wien geboren. Wegen seines politischen Engagements war er bereits 1936 und während der NS-Herrschaft 1939/40 im KZ-Buchenwald in Haft. Der gelernte Stein- und Offsetdrucker holte die Matura nach und studierte an der Universität Wien. 1961 wurde Staribacher in den Nationalrat gewählt, dem er bis 1983 angehörte. Von 1970 bis 1983 war Staribacher Handelsminister.

TERMINKALENDER

Freitag, 30. April

Das Rote Wien im Waschsalon Karl-Marx-Hof

Das „Neue Wien“ der 1920er und frühen 1930er Jahre war ein einzigartiges gesellschaftspolitisches Experiment.

Eine neue Dauerausstellung widmet sich dieser aufregenden Epoche in der Geschichte Wiens. Untergebracht ist die Ausstellung im Waschsalon Nr. 2 in der Halteraugasse, wo im Erdgeschoss – wie schon seit der Eröffnung des Karl Marx-Hofes im Jahr 1930 – immer noch Wäsche gewaschen wird. Im ersten Stock und im Dachgeschoß erfahren die Besucher alles über das „Rote Wien“.

Eröffnung der Dauerausstellung:

Freitag, 30. April, 2010, 11 bis 18 Uhr

Samstag, 1. Mai 2010, 13 bis 18 Uhr

Öffnungszeiten ab 2. Mai 2010:

Donnerstag 13 bis 18 Uhr

Sonntag 12 bis 16 Uhr

Halteraugasse 7, Wien 19

1. Mai-Ausstellung



VGA

Anlässlich des 120-Jahr-Jubiläums der internationalen Feier zum 1. Mai zeigt das Österreichische Museum für Volkskunde bis zum 12.09.2010 die Sonderausstellung „Der 1. Mai – Demonstration. Tradition. Repräsentation“, die Einblicke in historische Verläufe und Brüche der Feiertradition dieses politischen Fest- und Kampftages gibt. Information:

www.volkskundemuseum.at, T +43 (1) 406 89 05 15

Österreichisches Museum für Volkskunde Gartenpalais Schönborn

Laudongasse 15-19

1080 Wien

Auswahl an SPÖ-Veranstaltungen und Kundgebungen zum „Tag der Arbeit“:

Freitag, 30. April 2010

Maifeiern mit SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

17.00 Uhr Gössendorf, Steiermark

19.30 Uhr Gratkorn, Steiermark

Maikundgebungen mit SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

19.30 Uhr Gänserndorf, Niederösterreich

20.00 Uhr Fackelzug und Kundgebung, Deutsch-Wagram, Niederösterreich

Fackelzug der SJ Wien

20.00 Uhr Treffpunkt: Wiener Staatsoper

Ab 21.30 Uhr: Open Air-Fest, Rathausplatz

Maikundgebung mit Bundeskanzler Werner Faymann und Landeshauptmann Hans Niessl

20.30 Uhr Neusiedl/See, Burgenland

Samstag, 1. Mai 2010

Maifeiern in Wien

Maiaufmarsch mit ÖGB-Präsident

Erich Foglar, Vizebürgermeisterin

Renate Brauner, Bürgermeister

Michael Häupl und Bundeskanzler

Werner Faymann

10.00 Uhr Wiener Rathausplatz

Anschließend: „Mercato Rosso“

vor der SPÖ-Zentrale, Wien

Ab 13.00 Uhr: **Maifest im Wiener Prater**

Maifeiern in Niederösterreich

Maifeiern mit Frauenministerin

Gabriele Heinisch-Hosek:

9.00 Uhr St. Pölten, Rathausplatz

11.00 Uhr Herzogenburg

13.00 Uhr Maria Ellend

15.30 Uhr Tulln

Maifeier mit LH-Stv. **Sepp Leitner**,

13.30 Uhr Waidhofen/Thaya

Maifeiern im Burgenland

Maifeier mit Verteidigungsminister

Norbert Darabos und Landesrätin

Verena Dunst

10.00 Uhr Olbendorf

Maifeier und Platzkonzert mit Landesrat

Peter Rezar, Landeshauptmann **Hans Niessl**

und Verteidigungsminister **Norbert Darabos**

13.30 Uhr Raiding

Maifeiern in Oberösterreich

Maifeier mit Nationalratspräsidentin

Barbara Prammer

9.00 Uhr Timelkam

Maifeier mit Bildungsministerin

Claudia Schmied

10.00 Uhr Steyr

Maiveranstaltung mit Gesundheitsminister

Alois Stöger

9.30 Uhr Marchtrenk

10.30 Uhr Grein

Maifeiern in Salzburg

Fest der Sozialdemokratischen Gewerkschafter

11.00 Uhr Salzburg, ÖGB/AK-Haus

Maifeiern in Kärnten

Sternfahrt und Autoverlosung

9.00 Uhr Sportzentrum, Völkermarkt

Maifeier in Klagenfurt

10.00 Uhr Kreuzbergl

Maifeiern in der Steiermark

Maifeiern mit Landesrat

Manfred Wegscheider

9.45 Uhr Bruck/Mur

10.45 Uhr Kapfenberg

Maifeier mit Landeshauptmann

Franz Voves

10.45 Uhr Graz, Hauptplatz

Maifeiern mit SPÖ-Bundesgeschäftsführer

Günther Kräuter

11.00 Uhr Pernegg

13.00 Uhr Strallegg

Maifeier mit Sozialminister **Rudolf Hundstorfer**

und Landeshauptmann-Stellvertreter Landesrat

Siegfried Schrittwieser

11.30 Uhr Leoben

Maifeiern in Tirol

Maikundgebung mit Volksfest

11.00 Uhr Innsbruck, Rapoldipark

Maifeiern in Vorarlberg

1. Mai-Feier mit BM a.D. **Erwin Buchinger**

Frastanz, Adalbert-Welte-Saal

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: VGA, Abbildung aus dem Buchcover: „8 Stunden aber wollen wir Mensch sein“ Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at



Besuch aus Russland

Bundeskanzler Werner Faymann und der russische Ministerpräsident Wladimir Putin sind vor kurzem zu einem Arbeitsgespräch zusammengetroffen. Als Gastgeschenk gab es ein Fahrrad aus österreichischer Erzeugung.



Eine Klasse für sich

Verkehrsministerin Doris Bures war vor kurzem in der Ganztagsvolksschule Alt Erlaa zu Besuch. Die Schulkinder der 4b haben bei einem Zeichenwettbewerb zum Thema „Sicher am Zebrastreifen“ eine Kindertheater-Vorführung gewonnen.

Pack die Badehose ein

Am 2. Mai ist es soweit: Die 18 städtischen Sommerbäder starten in die neue Badesaison. „Damit Wiens Bäder Lust auf einen Urlaub daheim machen, investiert die Stadt laufend in die Erhaltung der Freizeitoasen“, weiß Stadtrat Christian Oxonitsch.



Zum Workshop eingeladen

Im Rahmen der Initiative „Europa weiter denken“ hat die SPÖ-EU-Delegation zusammen mit den Wiener Kinderfreunden einen Workshop für Kinder veranstaltet. Mit dabei waren die SPÖ-EU-Abgeordneten Hannes Swoboda und Karin Kadenbach.

